

EU-BÜROKRATIE REDUZIEREN

„Viel versprechende Ansätze“

Interview mit Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Mayer, Mitglied des Europäischen Parlaments (Europäische Volkspartei EVP-ED/CDU), über Bürokratieabbau auf europäischer Ebene.

Herr Professor Mayer, Sie haben sich im EU-Parlament vor etwa einem dreiviertel Jahr beispielhaft über die „EU-Richtlinie für die Anbringung von Beleuchtung und Schildern an land- und forstwirtschaftlichen Zugmaschinen“ geäußert. Die dazugehörigen Richtlinien, sagten Sie, umfassten über 100 Seiten und seien ein Paradebeispiel für unnötigen Aufwand. Ist das noch immer so?

Als das Europäische Parlament im Februar dieses Jahres die letzten drei der insgesamt 20 von mir betreuten Kodifizierungsberichte verabschiedet hat, habe ich die Abstimmungen dazu genutzt, den deutschen Industriekommissar und Vizepräsidenten der EU-Kommission, Günter Verheugen, nachdrücklich aufzufordern, die Entbürokratisierung weiter voranzutreiben.

Um meinem Anliegen Nachdruck zu verleihen, habe ich mich im Mai mit Herrn Verheugen zu einem Gespräch getroffen. In der Folge hat es in der Sache Bewegung gegeben. Die Vereinfachung der betreffenden Richtlinie wurde von der Kommission zur Aufgabe deklariert, und in einer konzertierten Aktion zwischen dem EU-Parlament und der Kommission soll die gesetzliche Regelung nun auf das nötigste reduziert werden.

Wie kann in diesem Fall eine Vereinfachung aussehen?

Ziel muss es sein, nur eine Richtlinie grundsätzlicher Art zu diesem Thema zu formulieren und die Details den EU-Komitees für Normung zu überlassen. Herr Verheugen hat mich kürzlich darüber informiert, dass die Kommission eine Überarbeitung der Rahmenrichtlinien für Zugmaschinen plant und das Verfahren zum Erlass einer einzigen Verordnung eingeleitet wurde. Diese wird dem EU-Parlament voraussichtlich im ersten Quartal 2009 vorliegen.

Klingt kompliziert. Kommt die EU, deren Kommission eine Expertengruppe mit Edmund Stoiber an der Spitze beauftragt hat, sich um das Thema besonders zu kümmern, generell beim Bürokratieabbau voran?

Im Januar 2007, zu Beginn der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, hat die EU-Kommission ein Aktionsprogramm

zur Verringerung der Verwaltungskosten in Europa vorgelegt. Beabsichtigt wird, die aus EU-Rechtsakten resultierenden administrativen Kosten zu messen und bis 2012 um 25 Prozent zu senken. Dieses Programm wurde dann vom Europäischen Rat im März 2007 befürwortet.

Herr Stoiber und seine 15-köpfige „Hochrangige Gruppe unabhängiger Interessensträger im Bereich Verwaltungskosten“ befassen sich mit 13 großen Rechtsbereichen, die Regelungen für 20 Millionen Unternehmen enthalten. Bis 2012 soll die Bürokratie derart reduziert werden, dass für die Unternehmen im Ergebnis eine Entlastung von 150 Milliarden Euro steht.

Wo sehen Sie Handlungsschwerpunkte?

Es gibt schon einige viel versprechende Ansätze. Die geplante Abschaffung von bürokratischen Veröffentlichungs- und Berichtspflichten der Unternehmen zum Beispiel ist ein Schritt in die richtige Richtung. Klar ist aber auch, dass dies nur der Anfang sein kann. Man darf sich jetzt nicht auf Einzelmaßnahmen ausruhen. Jede unnötige Verwaltungslast, die abgeschafft werden kann, setzt Zeit und Geld für die Unternehmen frei, in der sie sich ihren Kernaktivitäten widmen können. Es ist wichtig, dass gerade für den Mittelstand zusätzliche Mittel für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stehen werden, was sich positiv auf das Wachstum auswirkt.

Beispiel Chemikalienverordnung REACH, die gerade jetzt voll wirksam wird mit ihrem Aufwand für die Unternehmen – auch des Oldenburger Landes. Wird es solch aufwändige Regulierung, deren Kosten-Nutzen-Verhältnis zu bezweifeln ist, auch in Zukunft geben?

Mit der am 1. Juni 2007 in Kraft getretenen Chemikalienverordnung REACH haben wir Neuland betreten. Mit der Verordnung wurde eine neue EU-Agentur in Helsinki geschaffen, die nun für die Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung von Chemikalien in Europa zuständig ist. Ziel ist es, das bisher gültige Chemikalienrecht grundlegend zu vereinfachen und in ganz Europa zu harmonisieren. Ich bin aber der Überzeugung, dass diese europäische Regelung insgesamt zu viel Aufwand und



Prof. Hans-Peter Mayer

Kosten für die europäische und deutsche Industrie nach sich zieht. Immerhin hat das EU-Parlament aber auf Druck der EVP-ED-Fraktion (Europäische Volkspartei – Europäische Demokraten) im Gesetzgebungsverfahren wichtige Erleichterungen für kleine und mittlere Unternehmen durchgesetzt. Darüber hinaus gibt es Auskunftsstellen in jedem Mitgliedstaat, um den Unternehmen Hilfestellung zu geben.

Auch in Zukunft wird die EVP-ED-Fraktion im EU-Parlament genau prüfen, ob neue Gesetzesinitiativen auf europäischer Ebene auch wirklich Vereinfachungen für Harmonisierung bringen und gegebenenfalls, wie auch bei der Chemikalienverordnung REACH, Verbesserungen durchsetzen.

Was können Unternehmen tun, die aus ihrer Sicht von unsinniger Regelung betroffen sind?

Sie können sich direkt an die EU-Kommission wenden und auf die Missstände hinweisen. Unter dem Internet-Link http://ec.europa.eu/enterprise/admin-burdens-reduction/online_consultation_de.htm können sie konkrete Fälle hervorheben und praktische Lösungen vorschlagen. Die Anregungen werden dann bei der Ausarbeitung von EU-Maßnahmen zur Verringerung der Verwaltungslasten einbezogen.

Darüber hinaus hat die Stoiber-Gruppe einen Preis für die beste Idee zum Bürokratieabbau ins Leben gerufen. Ich möchte alle Unternehmer dazu ermutigen, dies zu nutzen, denn nur so kann praxisnahe Gesetzgebung garantiert und die Entstehung neuer unnötiger bürokratischer Hindernisse vermieden werden. ■

(Fragen: Michael Bruns)